

DIE UMSETZUNG DER AGENDA 2030 DRÄNGT

Vorschläge zur Aktionsdekade der Vereinten Nationen

Die Vereinten Nationen (VN) haben zu einer Aktionsdekade aufgerufen, um die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) noch erreichen zu können. Wir begrüßen diese Initiative ausdrücklich.

Bislang hat die Weltgemeinschaft zu wenig in die Umsetzung der SDG investiert. Der Bericht des VN-Generalsekretärs aus dem Jahr 2019 zeigt, dass es seit der Verabschiedung der Ziele in 2015 in vielen Bereichen zu wenige Fortschritte gab und in manchen sogar Rückschritte, etwa bei der Bekämpfung des Hungers. Die Agenda 2030 muss daher mit Nachdruck umgesetzt werden – nun in Zeiten der Corona-Pandemie unter zusätzlich erschwerten Bedingungen. Sie verschärft die Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Gesellschaften und gefährdet damit die bisherigen Erfolge in der Erreichung der SDG. Die Pandemie wird gerade auch Länder im globalen Süden besonders hart treffen. Immer mehr Menschen verlieren ihre Einkommensmöglichkeiten und sind von Armut betroffen. Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) warnt eindringlich vor einer drastischen Verschärfung der Ernährungskrise. Die Politik muss nun beim Krisenmanagement langfristige Konsequenzen sowohl in sozialer als auch ökonomischer und ökologischer Hinsicht berücksichtigen. Die für die Erreichung der SDG notwendigen tiefgreifenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft bei uns und weltweit können Systemrisiken in Zukunft minimieren und weitere Krisen verhindern.

Folgende Kernanliegen möchten wir in Hinsicht auf die Debatte zur Ausrichtung der Aktionsdekade hervorheben:

Niemand darf zurückgelassen werden

Die Aktionsdekade muss dafür genutzt werden, den Kampf gegen Armut, Hunger und Ungleichheit zu

intensivieren. Vor allem Länder des globalen Südens, Menschen in Krisenregionen, Geflüchtete und Migrant_innen, aber auch vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen müssen noch stärker unterstützt werden. Dabei gilt es, vor allem die strukturellen Ursachen für Armut, Hunger und Ungleichheit zu bekämpfen. Ziel muss es sein, die drängenden Fragen im globalen Norden und im globalen Süden im Rahmen einer kohärenten Politik zu verbinden. Zentral sind hier die Forderungen nach einem gerechteren Welthandel, einem Ausbau der Gesundheits- und sozialen Sicherungssysteme, einem universellen Zugang zu Bildung sowie einer nachhaltigen Ausrichtung des globalen Agrar- und Ernährungssystems.

Gendersensible Ansätze sind notwendig

Völlige Gleichstellung der Geschlechter gibt es noch in keinem Land der Welt. Die Spanne reicht von Lohnunterschieden bis zu Ausbeutung, offener Diskriminierung und Erfahrung von Gewalt. Ohne Geschlechtergerechtigkeit kann es jedoch keine nachhaltige Entwicklung geben. Gendersensible Ansätze und Vorgehensweisen müssen daher im Rahmen der Aktionsdekade verstärkt eingefordert werden.

Die Klimaziele dürfen nicht aus dem Blick geraten

Zurzeit wird das Klima aufgrund der stark eingeschränkten Mobilität durch Corona geschont. Es handelt sich jedoch um kurzfristige Effekte. Der Klimaschutz bleibt eine existenzielle und drängende Herausforderung. Die Aktionsdekade sollte deshalb dafür genutzt werden, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens mit Nachdruck voranzubringen. Dabei spielen die wirtschaftlichen Hilfeleistungen und Konjunkturprogramme im Zuge der Corona-

Krise eine wichtige Rolle. Sie dürfen nicht zur Konsolidierung von Geschäftsmodellen und Wirtschaftszweigen führen, die schon vor der Krise nicht zukunftsfähig waren. Sämtliche Maßnahmen müssen an klimapolitischen Zielen ausgerichtet werden. Vor allem durch gezielte Investitionen in zukunftsfähige Infrastrukturen und Technologien können dabei beträchtliche Synergieeffekte erzielt werden.

Multilaterale Strukturen müssen gestärkt werden

Der Multilateralismus ist in den letzten Jahren erheblich geschwächt worden. Selbst früher Erreichtes, zum Beispiel Abrüstungsverträge oder das Klimaübereinkommen von Paris, wurden im Zuge dessen infrage gestellt oder sogar aufgekündigt. Nationale Alleingänge und Abschottung als Reaktion auf die Corona-Krise scheinen diesen Trend zu verstärken. Dabei kann schon jetzt kein Staat die verheerenden Folgen grenzübergreifender Krisen alleine bewältigen. Die SDG-Dekade sollte dafür genutzt werden, die Bedeutung solidarischer Zusammenarbeit und Kooperation deutlich zu machen, internationale Zusammenarbeit im Rahmen des VN-Systems und darüber hinaus zu stärken und globale Partnerschaften auszubauen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen handlungsfähig sein

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind einerseits Partnerinnen bei der Umsetzung der Agenda 2030 und gleichzeitig bedeutsame Akteurinnen bei der demokratischen und kritischen Kontrolle staatlicher

Politiken. Ihre Handlungsspielräume werden weltweit jedoch immer weiter eingeschränkt. Kritische Akteurinnen und Akteure werden verfolgt, bedroht, inhaftiert oder ermordet. Rechtliche und bürokratische Schikanen, die ein politisches Engagement erschweren, nehmen zu. Auch die Corona-Pandemie wird von manchen Regierungen missbraucht, um kritische Stimmen weiter zu unterdrücken. Im Rahmen der Aktionsdekade muss die Rolle der Zivilgesellschaft daher weiter gestärkt werden. Ziel sollte es sein, weltweit eine umfassende und transparente Partizipation von Zivilgesellschaft auf allen politischen Ebenen zu ermöglichen.

Eine faire und nachhaltige Gestaltung der Digitalisierung

Das Potenzial der Digitalisierung für die Ziele nachhaltiger Entwicklung ist enorm. Neue Formen der Wissensgesellschaft und neue Arten der Kooperation werden möglich. Die Corona-Krise führt weltweit zu einer verstärkten Nutzung virtueller Kommunikationsmöglichkeiten. Die Digitalisierung birgt aber auch Risiken. Noch fehlen in vielen Ländern die Voraussetzungen, um mit den Veränderungen Schritt zu halten. Somit wachsen sowohl die digitale Kluft als auch die Abhängigkeit von wenigen digitalen Technologiekonzernen. Kritisch sind auch der Schutz der persönlichen Daten, die Cybersicherheit oder der Ressourcenverbrauch. Um den Risiken der Digitalisierung entgegenzuwirken und sie für nachhaltige Entwicklung zu nutzen, müssen die Rahmenbedingungen politisch stärker gestaltet werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)
Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion

Anke Kurat, Astrid Müller

Endredaktion

Janna Völker

Berlin, April 2020

Die Stellungnahme wurde im Rahmen des VENRO-Projekts Agenda 2030 entwickelt. Dieses wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung